

OFFENER BRIEF AN DIE
ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG

Wien, am 27.08.2020

Betrifft: Lehrlingsoffensive in Österreichs Städten und Gemeinden – Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass kein Jugendlicher im Herbst ohne Lehrplatz dasteht. Es liegt an Ihnen!

Sehr geehrte Mitglieder der österreichischen Bundesregierung!

Am 15. Mai 2020 haben Sie ein kommunales Hilfspaket für Österreichs Städte und Gemeinden zur Eindämmung der finanziellen Verluste durch die Corona-Krise präsentiert. Der Umfang beträgt bis zu einer Milliarde Euro. Eine Summe, die zwar auf dem Papier und im Rahmen von Pressekonferenzen und Aussendungen beeindruckend wirkt – die aber, wie sich immer mehr zeigt, in keinsten Weise ausreichen wird, um die finanziellen Engpässe der Kommunen durch die Corona-Krise auszugleichen.

Gemessen an der Realität gibt dieser von der Regierung gewählte Zugang zur Unterstützung der österreichischen Gemeinden Anlass zu großer Sorge. Unter ExpertInnen gilt als unumstritten, dass die Städte und Gemeinden durch die Corona-Krise mindestens 2,2 Milliarden Euro an Einnahmen verlieren werden. Zudem ist der Bezug von Hilfsgeldern im Rahmen der Förderrichtlinien des kommunalen Hilfspaketes an den Zwang zu Kofinanzierung geknüpft. Gerade für Gemeinden mit bereits ohnehin knappen Budgets sind zusätzliche Investitionen in Zeiten wie diesen undenkbar.

Die Auswirkungen der Corona-Krise sind dramatisch. Gelder für Kindergärten, Sanierungen oder Neubauten fehlen und die Leistungen in der Daseinsvorsorge für die BürgerInnen in den Kommunen sind massiv in Gefahr.

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen: Jetzt!

Eine Gruppe, die durch die Corona-Krise massiv betroffen ist, die jedoch in der medialen Berichterstattung oft kaum Aufmerksamkeit findet, sind jene Menschen, die von der Jugendabteilung der youunion_Die Daseinsgewerkschaft vertreten wird: Es handelt sich um die jungen Menschen unseres Landes. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt massiv – ÖGB, Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer sind sich einig, dass im Herbst diesen Jahres bis zu 10.000 Lehrstellen fehlen werden. Hier ist nun die öffentliche Hand massiv gefordert. Bund, Länder und Gemeinden müssen ihre Verpflichtung wahrnehmen und jetzt verstärkt Lehrlinge aufnehmen, um die Jugendarbeitslosigkeit einzudämmen.

Gespräche mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zeigen jedoch ein klares Bild. Die Gemeinden können ihre Verantwortung in diesem Bereich in zunehmendem Maße nicht wahrnehmen, da ihnen schlichtweg die finanziellen Mittel fehlen. Perspektivenlosigkeit und Arbeitslosigkeit gefährden die Zukunft der jungen Menschen unseres Landes. Nun ist es die Pflicht der Bundesregierung, hier schnell und unbürokratisch Taten zu setzen.

Ein Investitionszuschuss für zukünftige Projekte mit zu geringem Volumen wird nicht genügen. Die Gemeinden brauchen ein Paket, das ihnen ermöglicht, Lehrlinge aufzunehmen, um ihre Verantwortung zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit wahrzunehmen. Um dieses Vorhaben jedoch Realität werden zu lassen, ist die Bundesregierung gefordert, den Kommunen die Kosten, die ihnen durch die zusätzliche Ausbildung von Lehrlingen entstehen, zu 100 Prozent zu übernehmen. Mit der konkreten Forderung zur finanziell ausreichenden Unterstützung der Gemeinden im Zusammenhang mit der Ausbildung von Lehrlingen wenden wir uns heute mit folgender Forderung an Sie:

- **Der Bund ist aufgefordert, den Kommunen die vollen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese im Rahmen einer Lehrlingsoffensive ihren gesellschaftlichen Beitrag dazu leisten können, die Jugendarbeitslosigkeit, die vor allem durch die Folgen der Corona-Krise massiv steigen wird, einzudämmen.**

Wir fordern Sie auf, diese Forderungen umzusetzen, um den Jugendlichen wieder eine Perspektive zu geben. Gemeinsam können wir das schaffen. Die Gemeinden und Städte stellen die Arbeitsplätze zur Verfügung, der Bund übernimmt die Kosten. Mit dieser Maßnahme muss kein einziger Jugendlicher diesen Herbst ohne Lehrstelle dastehen.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen,



Manfred Kalchmair
Bürgermeister Sierning



Gerald Hackl
Bürgermeister Steyr



Elisabeth Feichtinger
Bürgermeisterin Altmünster



Sabine Naderer-Jelinek
Bürgermeisterin Leonding



Georg Dornauer
Bürgermeister Sellrain



Elisabeth Blanik
Bürgermeisterin Lienz

Andreas Kollross
Bürgermeister Trumau

Rupert Dworak
Bürgermeister Ternitz

Günther Vallant
Bürgermeister St. Gertraud an der Frantschach

Klaus Köchl
Bürgermeister Liebenfels

Marika Lagger-Pöllinger
Bürgermeisterin Lendorf

Friedrich Kreisits
Bürgermeister Unterfrauenhaid

Mario Abl
Bürgermeister Trofaiach

Inge Posch-Gruska
Bürgermeisterin Hirm

Helmut Weber
Bürgermeister Gratkorn

Hubert Holzapfel
Bürgermeister Haseldorf-Tobelbad

Petra Weberhofer
Bürgermeisterin Sankt Lorenzen im Mürztal

Hansjörg Obinger
Bürgermeister Bischofshofen

Alexander Stangassinger
Bürgermeister Hallein

Kerstin Suchan-Mayr
Bürgermeisterin Sankt Valentin

Georg Djundja
Bürgermeister Oberndorf bei Salzburg

Richard Tiefenbacher
Jugendvorsitzender
der yunion _ Die Daseinsgewerkschaft

Christian Meidlinger
Vorsitzender der yunion _ Die Daseinsgewerkschaft